



---

## Aktueller Begriff

### Humanitäre Krise in der Demokratischen Republik Kongo

---

*Dieser Aktuelle Begriff ist Teil der Serie „Übersehene humanitäre Krisen in der Welt“.*

Die Demokratische Republik Kongo (DRK) erlebt **seit Jahrzehnten eine humanitäre Krise**. Zu den größten Problemen zählen **anhaltende bewaffnete Auseinandersetzungen, die Ausbreitung von Krankheiten und Epidemien und eine wachsende Ernährungsunsicherheit**. Sie haben graduell zu einer massiven Verschlechterung der Lebensbedingungen von Millionen Menschen und großem menschlichen Leid bis hin zu vielen Todesopfern geführt.

Die DRK hat eine lange Geschichte von politischer Instabilität und Konflikten. Das Gebiet des heutigen Staates wurde 1885 zum Privatbesitz des damaligen belgischen Königs Leopold II. erklärt. Ab 1908 wurde es als „*Belgisch-Kongo*“ zur belgischen **Kolonie**. Zusätzlich zu den zu dieser Zeit verübten Gräueltaten konnten sich unter den Kolonialherren nie solide Staatsstrukturen bilden, wodurch der Nährboden für zukünftige Staatskrisen angelegt war. Nachdem die DRK 1960 völlig unvorbereitet ihre Unabhängigkeit erlangte, folgte Anfang der 1960er Jahre ein erster **Bürgerkrieg**. Ab 1965 herrschte im Land (zwischen 1971 und 1997 offiziell „*Zaire*“ genannt) mit der Militärdiktatur von *General Joseph-Désiré Mobutu* über 30 Jahre eines der **korruptesten Regime** Afrikas. In Folge des Völkermordes 1994 im östlich angrenzenden Ruanda entbrannte im Osten des damaligen Zaires der sog. „**erste Kongokrieg**“, an dessen Ende 1997 Mobutu gestürzt und der Rebellenchef *Laurent-Désiré Kabila* neuer Präsident wurde. Bereits 1998 kam es zum „**zweiten Kongokrieg**“ (auch „*Afrikanischer Weltkrieg*“ genannt), in dem mehrere ihrerseits untereinander zerstrittene Rebellengruppen versuchten, die neue Regierung zu stürzen, und zunehmend auch viele andere afrikanische Staaten ins Kriegsgeschehen eingriffen. Angesichts der dramatischen Kriegsfolgen für die Zivilbevölkerung wurden die *Vereinten Nationen* (UN) aktiv und richteten die Friedensmission „*MONUC*“ (seit 2010 „*MONUSCO*“) mit über die Jahre vielen Tausend Blauhelm-Soldaten ein. Auch die Bundeswehr leistete in EU-geführten Missionen mehrmals in der DRK Unterstützung. Der Krieg wurde 2003 für beendet erklärt, 2006 folgten die ersten freien Wahlen seit 1965. Tatsächlicher Frieden kehrte danach aber nicht ein, und so mündeten anhaltende kriegerische Auseinandersetzungen 2006 im „**dritten Kongokrieg**“. Auch nach dessen Ende 2008 kam das Land nicht zur Ruhe.

Die Ursachen für die nicht enden wollenden Konflikte sind mittlerweile sehr komplex. Aber allen voran ist heute der **große Ressourcenreichtum** der DRK Treiber für immer wieder aufflammende Gewalt. Gerade der Osten des **fragilen Vielvölkerstaates** ist dabei Schauplatz von brutalen Kämpfen. Um sich einen Zugang zu den Rohstoffen zu sichern, ringen viele verschiedenen Gruppen um Einfluss. Dabei agieren auch andere Staaten in der DRK. Um ihre eigenen Interessen durchzusetzen, unterstützen sie dabei die Konfliktparteien, fachen somit die Konflikte immer wieder an und verhindern den Friedensprozess. Gegenwärtig verüben **Rebellen- und Milizengruppen** in den östlichen Provinzen (insbesondere die „*M23*“ in Nord Kivu und jüngst die

**CODECO** in Ituri) regelmäßig bewaffnete Angriffe auch auf die Zivilbevölkerung. Nach Angaben von *Human Rights Watch* wurden im Juni und Juli des vergangenen Jahres (2022) 29 Zivilisten von dieser getötet, bis zum Ende des Jahres 2022 kamen noch Dutzende weitere hinzu. Alarmierend sind die steigenden Zahlen von sexueller Gewalt, welche gezielt als Waffe eingesetzt wird. Aber auch Armee und Polizei bedienen sich dieser Praktik. Seitdem die M23 im Frühjahr 2022 eine neue Offensive startete, nehmen die Vertreibungen der Bevölkerung zu. Laut der *Notfall-Watchlist 2023* des *International Rescue Committee* (IRC) gibt es bei einer Bevölkerung von 95,2 Mio. Menschen aktuell 5,6 Mio. Binnenflüchtlinge in der DRK.

Neben den brutalen Kämpfen ist die Bevölkerung der DRK immer wieder von schweren **Krankheitswellen** betroffen. Die Menschen leiden unter Folgen von Cholera, Masern, Malaria und jüngst Covid-19. Im Jahr 2022 kam es außerdem zu wiederholten Ausbrüchen von Ebola und Beulenpest. Da die vielen kranken Menschen auf ein kaum funktionierendes Gesundheitssystem treffen, entsteht eine prekäre humanitäre Lage. Im ländlichen Raum ist die Bevölkerung oftmals sogar vollständig von medizinischer Basisversorgung abgeschnitten und hat nicht einmal Zugang zu sauberem Trinkwasser, was die dortige Situation noch drastischer macht.

Verschlimmert wird die humanitäre Krise zudem durch eine **besorgniserregende Ernährungssituation**. Chronische Unterernährung, Mangelernährung und Lebensmittelunsicherheit sind weit verbreitet. Die langjährigen Konflikte im Land und die damit einhergehende Bevölkerungsvertreibungen sowie zerstörte landwirtschaftliche Infrastrukturen haben zu einem Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion geführt. Armut, begrenzter Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung sowie schwache staatliche Institutionen tragen ebenfalls zur Ernährungsunsicherheit bei. Laut IRC werden im Jahr 2023 bis zu 24,5 Mio. Menschen mit einer Ernährungskrise oder Hungersnöten (gem. *Integrated Food Security Phase Classification*) konfrontiert sein.

Der friedliche Machtwechsel nach den Wahlen im Jahr 2018 und die Neubildung der Regierung unter Präsident *Felix Tshisekedi* im Jahr 2021 lassen eine **vorsichtig optimistische Perspektive** aufkommen. Die Regierung kündigte ehrgeizige Reformpläne an, die darauf abzielen, die tief verwurzelten politischen Spannungen in der DRK zu mildern und gleichzeitig die wirtschaftliche Entwicklung des Landes voranzutreiben. Die dazu notwendigen finanziellen Mittel kann die DRK allerdings noch nicht eigenständig zur Verfügung stellen, sodass die Finanzierung überwiegend durch internationale Finanzinstitutionen erfolgt. Unter der internationalen Gebergemeinschaft befindet sich auch Deutschland. Für das Ende des Jahres **2023 sind erneut allgemeine Wahlen** in der DRK geplant. Die Wahlen werden von der Bevölkerung mit der Hoffnung auf eine Verbesserung ihrer Lebenssituation verbunden. Gleichzeitig besteht jedoch das Risiko, dass sie im Vorfeld zu einer erneuten Eskalation innenpolitischer Spannungen führen könnten. Umso wichtiger erscheint es gerade jetzt, friedensbildende Maßnahmen auch durch internationale Akteure zu fördern.

#### Quellen:

- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, [Korruption und Gewalt allgegenwärtig](#), letzter Zugriff: 26.06.2023
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, [Land in schwerer Krise](#), letzter Zugriff: 26.06.2023
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, [Schweres politisches Erbe](#), letzter Zugriff: 26.06.2023
- Human Rights Watch, [Democratic Republic of Congo Events of 2022](#), 24.05.2022
- International Rescue Committee, [Emergency Watchlist 2023](#), ab S. 34, 14.12.2022